

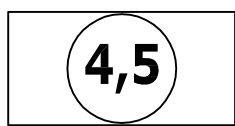
Planzeichenerklärung

1. Art der baulichen Nutzung

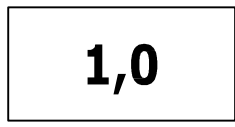


Kerngebiete
(§ 7 BauNVO)

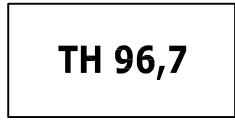
2. Maß der baulichen Nutzung



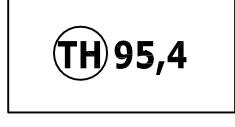
Geschoßflächenzahl



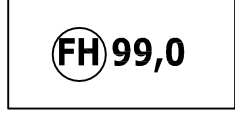
Grundflächenzahl



Traufhöhe ü. NN, als Höchstmaß



Traufhöhe ü. NN, zwingend

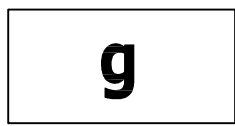


Firsthöhe ü. NN, zwingend

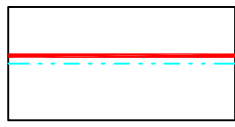


Oberkante baulicher Anlagen ü. NN, als Höchstmaß

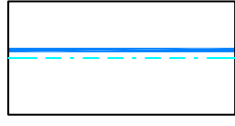
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen



geschlossene Bauweise

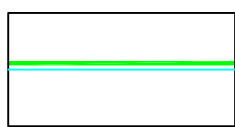


Baulinie, teilweise zugleich Straßenbegrenzungslinie



Baugrenze

4. Verkehrsflächen



Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber
Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung



Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung

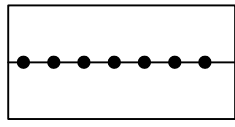


Fußgängerbereich

5. Sonstige Planzeichen



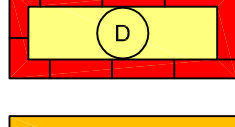
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des
Bebauungsplans



Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

NACHRICHTLICHE DARSTELLUNGEN

6. Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz



Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem
Denkmalschutz unterliegen



Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem
Denkmalschutz unterliegen

Textliche Festsetzungen

- Die Kerngebiete MK1-3 sind gem. § 1 (5) und § 1 (6) i. V. m. § 1 (9) BauNVO eingeschränkt. Von den in § 7 BauNVO genannten Nutzungen sind unzulässig:
 - Vergnügungsstätten
 - Einzelhandelsbetriebe, die ausschließlich oder überwiegend Sortimente mit sexuellem Charakter anbieten (z. B. Sex-Shops)
 - Gewerbebetriebe i. S. v. § 7 (2) Nr. 3 BauNVO
 - unterhalb des ersten Obergeschosses Wohnungen i. S. v. § 7 (2) Nr. 6 BauNVO
- Im Kerngebiet MK2 sind oberhalb des Erdgeschosses Wohnungen gem. § 7 (2) Nr. 7 BauNVO allgemein zulässig.
- Eine Überbauung von öffentlichen Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung ist innerhalb der Baulinien allgemein zulässig oberhalb von 3,5 m über der befestigten Oberfläche der Verkehrsfläche; die Festsetzungen für das angrenzende Kerngebiet sind sinngemäß (Abzug des Erdgeschosses) anzuwenden.
- Innerhalb der Baulinien sind angrenzend an das Kerngebiet MK3 auf öffentlichen Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung bauliche Anlagen im Erdgeschoss ausnahmsweise zulässig.
- An öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung angrenzende Baulinien dürfen ausnahmsweise überschritten werden
 - unterhalb der Geländeoberfläche
 - um bis zu 1,2 m durch auskragende Dächer, Balkone und Erker
 - um bis zu 3,0 m im Erdgeschoss durch bauliche Anlagen für Einzelhandel und Gastronomie und durch transparente Überdachungen.
- Ein Zurückbleiben hinter der Baulinie ist zulässig
 - unterhalb der Geländeoberfläche
 - oberhalb der festgesetzten Traufhöhe
 - bis zu 1 m unterhalb der festgesetzten Traufhöhe, sofern dies zur einheitlichen Ausbildung des betreffenden Geschosses erforderlich ist (angeschnittenes Dachgeschoss bzw. Staffelgeschoss)
 - aus Gründen des Denkmalschutzes
- Im Kerngebiet MK3 ist ein Zurückbleiben hinter der Baulinie im Erdgeschoss um bis zu 1,0 m, im ersten Obergeschoss um bis zu 0,5 m zulässig.
- Die Oberkante baulicher Anlagen wird festgesetzt als absolute Höhe ü. NN. Sie darf durch technische Anlagen wie Abgasschornsteine, Lüftungsanlagen, Antennen und Maschinenräume von Aufzügen sowie durch Treppenhäuser auf einer Einzelfläche von höchstens 20 m² um bis zu 3 m überschritten werden.
- Die Traufhöhe wird festgesetzt als absolute Höhe ü. NN. Sie wird gemessen am Schnittpunkt der Außenwandoberfläche mit der Oberkante der Dachhaut.

Rechtsgrundlagen

- Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 28. Oktober 2006 (Nds. GVBl. 2006, S. 473)
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 24. Dez. 2008 (BGBl. I S. 3018)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO 1990) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenerverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

Verfahrensvermerke

Präambel und Ausfertigung

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) (neueste Fassung) i. V. m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) hat der Rat der Stadt Hildesheim diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
gez. Machens

Der Entwurf des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet vom Büro für Stadtplanung Dr.-Ing. W. Schwerdt, Braunschweig in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung der Stadt Hildesheim.

Hildesheim, den 23.03.2009

Bereich Vermessung und Geodaten

gez. Dr. Grundey

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB vom Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung am 26.05.2008 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 07.06.2008 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 10.06.2008 bis 23.06.2008. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Hildesheim, den 23.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB in der Sitzung am 22.09.2008 zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 23.03.2009

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 07.10.2008 bis 02.03.2009 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Die Auslegung ist am 27.09.2008 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 23.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorgangs im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 23.09.2010

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde geändert. Gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB wurde den Betroffenen in der Zeit vom ... bis ... Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Hildesheim, den ...

Der Oberbürgermeister
In Auftrage

Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB am ... 25.03.2009 ... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ... 25.03.2009 ... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 02.04.2009.

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.03.2009 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 6 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 24.03.2009

Der Oberbürgermeister
In Auftrage
gez. Warnecke